



Nummer 70

Februar 479

Mittwoch den 25. März 1931

Februar 479

66. Jahrgang.

Es geschieht etwas!

Das Meistbegünstigungssystem in der deutschen Handelsvertragspolitik hatte schon vor dem Krieg jene Grenzen überschritten, wo Vernunft Unfuss und Wohlrat Plage wird. Es war vollends unangebracht, als die sinnlosen Tributforderungen des Siegerkapitalismus Deutschland aufgeladen wurden. Wenn man sie schon erfüllen wollte, so hätte Deutschland mindestens fordern müssen, daß seinen Waren auf dem Weltmarkt Vorzugsbehandlung eingeräumt und daß Deutschland berechtigt werde, entbehrliche Güter vom deutschen Markt auszuschließen. Wahrscheinlich hätte die Welt uns das nicht zugestanden. Aber dann war es eben unmöglich, die Ansprüche des Tributkapitals zu erfüllen. Wenn jeder Vorteil, den wir einem Vertragspartner zu bestimmtem Zweck einräumen, von selbst der Gesamtheit unserer Vertragspartner zugute kommen sollte, dann gab es keine Möglichkeit mehr, den inneren Markt gegen die Ueberflutung mit entbehrlichen Auslandsgütern zu sperren, und dann mußte jeder Versuch, für die Erfüllung der Tributlasten einen dauernden Ueberfluß herauszuwirtschaften, aussichtslos bleiben. Tributlasten konnten dann nur insofern erfüllt werden, als das Ausland uns das Geld dazu gab.

Wie es denn ja auch geschehen ist. Seitdem uns das Ausland nichts mehrumpft, ist die Krise bei uns chronisch. Da kam Briand mit seinem Alleuropa-Plan. Aber das wirtschaftliche Alleuropa ist in Genf am Widerspruch der englischen Arbeiterregierung gescheitert. Bleiben nur mehr „regionale“ Abkommen, wie sie Schöber erdacht und Briand empfohlen hat. Zwischen Südrussien und Rumänien ist solch ein Abkommen vereinbart worden, ohne daß irgendein europäischer Haub danach geklärt hätte. Raum aber haben Deutschland und Oesterreich gleichfalls ein Abkommen geschlossen, so gerät Europa in Erregung.

Was ist geschehen? Deutschland und Oesterreich sind übereingekommen, die Zollmauern zwischen ihren beiderseitigen Wirtschaftsgebieten allmählich niederzuliegen. Nichts steht im Wege, daß die zur Reue verpflichteten Diplomaten in Wien wie in Berlin die Auskunft erhalten, die sie wünschen. Das einzige Aufregende an der Sache ist jedenfalls dies: Deutschland und Oesterreich haben das Folgerichtige, das Vernünftige, das von Briand Empfohlene getan, ohne vorher in Rom und Prag anzufragen, ob sie es auch tun dürfen. Darin wittert man in Paris den ersten Schritt zum „Anschluß“ — während man in Prag zu fürchten scheint, man könnte den Anschluß an das Neue verpassen, das hier im Werden ist: an das System der Selbsthilfe der Staaten, denen die Nachhaber des Weltkapitals jede folgerichtige und vernünftige Hilfe beharrlich verweigern.

Es geschieht etwas! Deutschland und Oesterreich machen selbständige Wirtschaftspolitik, statt sich wie bisher von den großen Kapitalmächten als Gegenstand ihrer Politik gängeln zu lassen. Da man ihnen nicht helfen will, versuchen sie sich selbst zu helfen, soweit das in ihren Kräften steht. Das empfinden die Tempelhüter des Versailler Kirchhofsfriedens als ungeheuerlich. Wenn man sich in Berlin oder Wien davon einschüchtern ließe, so wäre die Folge die, daß Europa auf der schiefen Ebene der Verelendung weiter abwärts rutsche. Nur wenn Berlin und Wien fest bleiben und ihr Recht auf Selbsthilfe im Rahmen der bestehenden Bindungen unerschrocken verteidigen, dürfen sie hoffen, die Führer Europas aus der lebensgefährlichen Erstarrung zu werden.

Der amerikanische Senator Borah, der Deutschland schon öfter einen vernünftigen Rat gegeben hat, den zu befolgen es leider nicht den Mut hatte — ist der Meinung, es sei das Geheiligste, was hätte geschehen können. Da niemand sonst die Wirtschaft Mitteleuropas wieder aufbauen will, tut Mitteleuropa den ersten Schritt, seine Wirtschaft selbst wieder aufzubauen. Es ist so etwas wie ein Ei des Kolumbus, und wenn Deutschland und Oesterreich sich von dem Stirnerunzeln der überaus großen Großkopfeten wollte abhalten lassen, das Ei in der einzig möglichen Art auf die Spitze zu stellen, so könnten sie ebenso gut gleich den Totengräbern rufen. Was hier geschehen ist, muß durchgeführt werden — oder es wäre besser überhaupt nicht geschehen. Der Schritt, der vorwärts getan ist, kann nicht zurück getan werden, ohne daß die Lage hinterher zehnmal schlimmer würde, als sie vorher war.

Und was soll weiter geschehen? Nun, was in den vereinbarten Richtlinien vorgesehen ist. Und wenn die Gegenseite widerspricht? Dann kommt der Fall vor den Völkerverbund. Und wenn auch der nicht einverstanden ist? Dann entscheidet das Haager Schiedsgericht. Und wenn der Spruch des Haager Schiedsgerichts gegen uns ausfällt? Dann kann es gar keinen vorteilhafteren Grund geben, die Tributzahlungen einzustellen.

Wenn Tributmächte, Völkerverbund und Weltschiedsgericht jeden Versuch, unserer Wirtschaft aus eigenen Kräften aufzuhelfen gewaltsam niederschlagen wollten, dann könnte das nur die zwangsläufige Folge haben, daß die Tributzahlung aufhört. Und zwar dann — die Tributzahlung im weitesten Sinn. Der deutschen Wirtschaft untragbare Lasten aufzupacken und ihr dann jeden, aber auch jeden Weg zu verstopfen, der ihre Leistungsfähigkeit stärken könnte, das führt

Tagespiegel

Der Generalkassanwaltschaft beim Landgericht 1 in Berlin hat beim Reichstag die Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Hermann Dreowitz, des Führers der Wirtschaftspartei, gefordert, um gegen ihn ein Strafverfahren wegen Betrugs, Unterschlagung und Untreue einzuleiten. Es handelt sich dabei um die Rolle, die Dreowitz als Aufsichtsrat und Vorstandsmitglied der Deutschen Mittelstandsbank AG. gespielt hat. Wegen dieser Angelegenheit hat bekanntlich der inzwischen aus der Partei ausgestretene Abgeordnete einen scharfen Kampf gegen Dreowitz geführt.

Wie der „Vorwärts“ mitteilt, ist wegen der Abstimmung über den Panzerkreuzer B im Reichstag eine Spaltung in der sozialdemokratischen Fraktion eingetreten. Entgegen dem Parteibeschluß (Stimmhaltung) haben 9 Fraktionsmitglieder gegen die Bewilligung der Bauweise gestimmt und 24 haben an der Abstimmung überhaupt nicht teilgenommen. Der Fraktionsvorstand erklärte, das Verhalten der 9 Mitglieder widerspreche der Ueberlieferung und der Disziplin. Der beordnende Parteitag werde sich mit diesem Vorgang zu beschäftigen haben.

Der sächsische Landtag hat den kommunistischen Antrag auf Auflösung des Landtags mit 60 gegen 29 Stimmen abgelehnt.

Der englische Bergbauminister Shinewell wird am 28. März in Berlin eintreffen, um mit dem Reichsarbeitsminister Stegerwald über eine internationale Regelung der Arbeitszeit im Bergbau zu sprechen.

Der Ordnungsausschuß des Alleuropa-Studienausschusses ist am Dienstag unter dem Vorsitz Briands zusammengetreten. Er deutete an, das deutsch-österreichische Abkommen dränge den Ausschuß zur Eile.

Die verschärfte Tonart der Pariser Blätter gegen den Zollvertrag wird vielfach auf die Einwirkung des polnischen Außenministers Jasefki zurückgeführt, der eigens deshalb nach Paris gekommen sei.

an eine Grenze, über die hinaus sich das Schimonowertreiben nicht fortsetzen läßt.

Oesterreich hat freilich keine Tribute mehr zu zahlen. Aber auch Oesterreich hat Schuldzinsen zu zahlen. Und Oesterreichs Wirtschaft bedarf der Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit und ihres Absatzgebietes mindestens so sehr wie die deutsche. Darum liegt es mindestens so sehr im Interesse Oesterreichs wie Deutschlands, daß etwas geschieht und daß das Geschehene auf der vorgezeichneten Linie weitergeführt wird ohne Furcht und Zagen. Dann werden Deutschland und Oesterreich vermutlich schon bald die Erledigung machen, daß der Wille zur Selbsthilfe mehr Vertrauen erweckt als das ewige Betteln um die Hilfe anderer. Frankreich, Italien und die Tschechoslowakei sind noch nicht Europa. Es wohnen da auch noch andere Leute, deren Vertrauen wir gebrauchen und deren erwachendes Vertrauen wir uns nur zu unserem schweren Schaden wieder verschmerzen könnten.

Der französische Gegenangriff

Paris, 24. März. Der französische Gegenangriff gegen das deutsch-österreichische Abkommen wird mit aller Kraft fortgesetzt. Die Presse setzt ihre Hoffnung auf Zwangsmittel, die vom Kleinen Verband gegen Oesterreich angelehrt werden könnten. Die „Republique“ sieht das beste Gegenmittel darin, wenn nun die germanische Vereinigung durch eine europäische Bundesbewegung aufgefangen würde. „Echo de Paris“ erwähnt ein durch Verrat in französische Hände gelangtes Abkommen, das am 12. Mai 1918 in Spa von Kaiser Wilhelm und Reichkanzler Graf Hertling einerseits und Kaiser Karl und dem österreichischen Ministerpräsidenten Burian unterzeichnet wurde. Dieses Abkommen sieht ein politisches und militärisches Bündnis mit der Absicht eines folgenden Zollbunds vor, der jedoch keinen feindlichen Charakter gegen andere Staaten tragen und die Wirtschaftsbeziehungen mit diesen nicht erschweren dürfe. Dieses Abkommen, meint das „Echo de Paris“, habe offenbar für den neuen Vertrag zum Muster gedient und beweise, daß dieser auch politischer Natur sei und daher gegen den Versailler Vertrag und den Genfer Anleihevertrag vom 4. Oktober 1922 (durch den bekanntlich Oesterreich eine Völkerverbundsanleihe gegen gewisse Bedingungen, wie Erhaltung vollständiger Selbständigkeit Oesterreichs gegenüber Deutschland) verstoße.

Diese „Beweisführung“ ist natürlich durchaus hohles.

Der tschechische Widerstand

Die tschechische „Bidone Rowing“ in Prag läßt sich aus Wien melden, die Unterzeichner des Genfer Protokolls vom 4. Oktober 1922 (Frankreich, England, Italien und Tschechoslowakei) erblickten in dem Zollabkommen einen „teilweisen Verzicht Oesterreichs auf seine Unabhängigkeit“, weil ein solcher Bund den Zusammenstoß und die Vereinfachung zahlreicher politischer Einrichtun-

gen (gemeinsame Handelspolitik, gemeinsame indirekte Steuern, Aufteilung der Zollerträge usw.) erfordere.

Deutschland und Oesterreich hätten ihre Pläne erst später veröffentlicht wollen, sie hätten aber infolge einer Vorkautigkeit amerikanischer Blätter ihre Karten früher aufdecken müssen.

Prag scheint überhaupt der Mittelpunkt des stärksten Widerstands gegen das Zollabkommen zu sein. Die Erregung der Tschechen steigert sich immer mehr.

Im Haupttrat der Kaufmannschaft in Prag sagte der tschechische Handelsminister Matuschek, das deutsch-österreichische Abkommen beweise, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse stärker seien als die Politik. Daraus müsse die Tschechoslowakei die Lehre ziehen, daß sie neue Wege betreten müsse. Die tschechischen Verträge mit Südrussien und Rumänien werden sich sicher so gestalten lassen, daß Vorzugszölle und Kontingente aufgenommen werden. Die Tschechoslowakei müsse sich in erster Linie an ihre nächsten Freunde halten und aus dem politischen Kleinen Verband werde der wirtschaftliche Kleine Verband entstehen.

Die Meinung Ungarns

Budapest, 24. März. Die Meinung in Ungarn über das deutsch-österreichische Abkommen spiegelt sich in den Artikeln der Presse wider, die fast übereinstimmend dahin gehen: Die Großmächte müssen jetzt einsehen, welchen Fehler sie mit der Zerstückelung der österreichisch-ungarischen Monarchie begangen haben. Dieser wirtschaftliche Anschluß bedeute das Ende des tschechoslowakischen Staatsgebildes. Die Zukunft werde lehren, welche Auswirkung er auf Ungarn haben werde. Der Beitritt Ungarns würde Deutschland den Weg zu den Staaten des Kleinen Verbands, besonders Rumänien öffnen. Die agrarischen Interessen Ungarns könnten gewinnen, für die ungarische Industrie könnte es sich aber um Sein oder Nichtsein handeln. Es sei indessen ein gutes Zeichen, daß die österreichisch-ungarischen Handelsvertragsverhandlungen ungestört weitergeführt werden. Die Zollunion werde daher auch für die späteren deutsch-ungarischen Verhandlungen kein Hindernis bilden.

Eine polnische Stimme

Warschau, 24. März. Der im Regierungslager stehende „Kurjer Poranny“ bemerkt, Polen werde sich keinem Einspruch gegen das deutsch-österreichische Abkommen anschließen. Es fühle sich nicht ermächtigt, irgendeinen Druck auf Oesterreich auszuüben, mit dem es auch dann noch gute Beziehungen unterhalten zu können hoffe, wenn es zum Deutschen Reich gehören sollte.

Der polnische Außenminister Jasefki hatte am Montag eine längere Unterredung mit Briand in Paris.

Der englische Standpunkt

London, 24. März. Außenminister Henderson, der zurzeit in Paris weilte, wird sich mit Briand über die österreichisch-deutsche Zollvereinbarung besprechen. Der britische Standpunkt scheint zu sein, daß alles vermieden werden sollte, was nach Ueberstürzung aussieht. Alle Seiten der Frage und die eventuellen Rückwirkungen müßten geprüft werden, bevor eine Entscheidung über die einzunehmende Haltung erfolgen könne. Bevor Henderson nach London zurückgekehrt ist, dürfte die britische Regierung keine Entscheidung treffen.

Das „Schreckgespenst des Anschlusses“

London, 24. März. Die beiden großen Finanzblätter „Financial News“ und „Financial Times“ befanden volls Verständnis für den Plan, besonders „Financial News“, die nachdrücklich erklären, aus wirtschaftlichen Gründen sei die von den Friedensverträgen vorgezeichnete Beiseitestellung Oesterreichs selbstmörderisch. Von einer Verleugung der Friedensverträge oder des Protokolls von 1922 könne keine Rede sein. Jeder vernünftige Mensch habe die Pflicht, im Namen der Gerechtigkeit und des gesunden Menschenverstandes gegen jeden Versuch, Einspruch zu erheben, der etwa unternommen werden sollte, um wegen des Schreckgespenstes des Anschlusses die aus wirtschaftlichen Gründen notwendige Zollvereinbarung zu verhindern.

„Gefährdung des französischen Systems“

Neuport, 24. März. „Herald Tribune“ schreibt: Wir haben in dem deutsch-österreichischen Zollvertrag ein Vorbild, das im Namen der wirtschaftlichen Vernunft vorgebracht wird zu einer Zeit, da Europa wirtschaftliche Vernunft am meisten nötig hat. Aber dieses Vorbild trägt weitreichende Folgen in sich, die das ganze System gefährden, auf dem Frankreich seine Politik aufbaute, selbst wenn es sich nicht um eine tatsächliche Vertragsverletzung handelt. Die dem Plan zugrundeliegenden Schwierigkeiten waren immer groß und wurden gesteigert durch die Absichten des Versailler Vertrags, der zu sehr nur darauf abgestimmt war, die politische Vereinigung Deutschlands und Oesterreichs zu verhindern. Es wurde offenbar, daß diese Absicht früher oder später geändert werden muß. Das Ziel einer weisen und geschickten Diplomatie sollte die Ausmerzung jener wirt-



schaftspolitischen Mißgriffe sein. Die nicht unmittelbar beteiligte Welt dürfte daher zögern, sofort ihr Urteil abzugeben.

Neue Nachrichten Der Reichsfehlbetrag

Berlin, 24. März. In den Besprechungen mit den Parteiführern teilte der Reichskanzler mit, daß die Eingänge bei der Reichskasse auch im Februar wieder bedeutend unter den Erwartungen geblieben seien, der Fehlbetrag des laufenden Rechnungsjahrs übersteige daher bereits eine Milliarde erheblich. Gegenüber der Behauptung eines Berliner Blatts, daß der Reichskanzler von einer zweiten Milliarde gesprochen habe, wird halbamtlich für unbegründet und irreführend erklärt. Dagegen wird in parlamentarischen Kreisen die Möglichkeit zugegeben, daß bei anhaltender Wirtschaftskrise am Ende des Kalenderjahrs 1931 der Fehlbetrag die Höhe von zwei Milliarden erreichen könnte.

Seeckt über die politische Lage

Paris, 24. März. Im Rahmen einer Umfrage über Deutschland veröffentlicht der „Excelsior“ eine Äußerung des Reichstagsabgeordneten Generaloberst v. Seeckt. Dieser erklärte, Deutschland und Frankreich können wirksam auf wirtschaftlichem Gebiet zusammenarbeiten. Dauerhaft sei jedoch, daß derartige Versuche fast immer auf den Widerstand der Politiker stoßen. Die Befürchtungen Frankreichs und Deutschlands betreffen ihre Sicherheit. Sollte die Abrüstungskonferenz einen Mißerfolg bringen und der Völkerverein keine alte Politik fortsetzen, dann müßte Deutschland ohne Zögern aus dem Völkerverein austreten. Zwischen Frankreich und Polen einseitig, müßte Deutschland dann Verbindungen mit Sowjetrußland anknüpfen, obwohl man in Deutschland sehr wohl weiß, daß Rußland den Kreuzzug gegen die sogenannten kapitalistischen Länder predigt und dabei kaum einen Unterschied zwischen Deutschland, Frankreich oder England macht. Die Behauptung, er (Seeckt) sei für den Krieg, sei unsinnig. Wenn er für den Krieg wäre, würde er sich nicht der Lösung der theoretischen Fragen widmen.

Weitere Verurteilungen in Spanien

Madrid, 24. März. Das Oberste Kriegsgericht hat die Unverzeihlichen der republikanischen Kundgebung vom letzten Dezember zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt und dabei die Regierung gebeten, den Verurteilten Bewährungsfrist zu gewähren.

Deutscher Reichstag

Berlin, 24. März.

Der Reichstag, der gestern später zusammentrat, hat die soz. Steueranträge (Erhöhung der Aufsichtseinkommensteuer und erhöhter Zuschlag für Einkommen über 20.000 Mk.) mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und eines Teils des Zentrums und des Christlichen Volksdienstes endgültig angenommen. Der kommunistische Mißtrauensantrag gegen Reichsfinanzminister Dietrich wurde abgelehnt. Hierauf wurden in namentlicher Abstimmung einige kommunistische Entschlüsse angenommen, die die Offenlegung der Steuerlisten, die Befreiung der Neubauten von der Grundsteuer zwecks Senkung der Neubaumieten, und 20prozentige Senkung der Hauszinssteuer zur Herabsetzung der Altbaumieten auf 100 Prozent der Friedensmiete fordern. Die von den Sozialdemokraten beantragte Änderung des Lichtspielgesetzes, wonach verbotene Filme vor bestimmten Personenkreisen vorgeführt werden können, wurde unter der Maßgabe angenommen, daß die Maßbestimmung in eine Kannbestimmung umgewandelt wird. Weiter wurden nach den soz. Anträgen die Änderung des Fleischbeschaugesetzes und des Gesetzes über die Verschärfung der Versicherungsaufsicht endgültig angenommen. Die Pachtzuschufordnung wurde bis Dezember 1932 verlängert. In etwa 10 Fällen wurde dann die Durchführung von Strafverfahren, in vielen Fällen auch von Vorführungsbeschlüssen gegen Reichstagsabgeordnete genehmigt. Gegen den Abg. Münchmeyer (N.S.) wurde die Vollstreckung einer Freiheitsstrafe zugelassen.

Die Regierung wird nun auf den Reichsrat einwirken, gegen die genannten Steuergesetze Einspruch zu erheben, wodurch die betr. gestrigen Reichstagsbeschlüsse wieder hinfällig werden. In der „Sparermächtigung“ hat die Deutsche Volkspartei einem soz. Vermittlungsvorschlag zugestimmt, daß die Sparermächtigung nur für die Regierung Brünning gilt. Auch sollen „im Haushalt gebundene Ausgaben“ von Abstrichen verschont bleiben.

Die Mutter

Roman von Lola Stein.

70. Fortsetzung.

Nachdem verboten.

So fand sie Fritz Remstedt, der ein wenig ungeduldig auf den Balkon zurückkam, um zu sehen, ob die Unterredung immer noch nicht beendet sei.

Utschi löste sich aus den Armen der Schwiegermutter. Mit erglühtem Gesichtchen, verwirrt und verlegen, sehr reizend in ihrer Befangenheit, sah sie den Vater an.

„Du weißt, Papa?“

„Ein wenig,“ lächelte er. „Wo hast du das Lügen gelernt, kleine Utschi?“

Sie errödete noch tiefer. „Es fiel mir sehr schwer,“ gestand sie. „Aber ich wußte nicht, was ich sagen sollte. Ich schämte mich so.“

„Aber nun wollen wir frühstücken,“ brachte Herr Remstedt das Gespräch in andere Bahnen. Er wollte keine Rührung und keine Bekenntnisse. Die jungen Leute hatten sich gezinkt, waren ein paar Tage unglücklich gewesen, Utschi hatte töricht und kindisch gehandelt — aber diese schöne, liebevolle Frau Ellen hatte alles wieder in Ordnung gebracht. Und nun war kein Grund mehr vorhanden, um traurig zu sein. Järrisch sah Fritz Remstedt auf Ellen. Er wollte sich diese unerwartete Stunde des Zusammenseins mit der bewunderten Frau nicht durch Utschis Herzensangelegenheiten stören lassen. Nun würde ja alles wieder zurecht kommen.

Utschi goß den Kaffee in die feinen Tassen, bediente und umsorgte die Schwiegermutter und den Vater. Man merkte, sie wollte zeigen, daß sie auch eine Hausfrau sei.

Ellen fühlte es und ihr Herz tat ihr weh.

Dritte Lesung des Reichshaushaltsplans 1931

Reichsfinanzminister Dietrich erklärte, daß er den Abmachungen der Parteiführer bezüglich der Sparermächtigung zustimme.

Abg. Freitsch (Soz.): Eine sachliche Beratung des neuen Abkommens mit Oesterreich sei zurzeit nicht angebracht. Der Reichstag hätte darüber früher unterrichtet werden sollen. Das Abkommen verstoße nicht gegen den Friedensvertrag oder andere Verträge.

Angenommen wird eine Entschließung, in der die Länderregierungen ersucht werden, die Verpflichtung zur Einstellung von Versorgungsanwärtern durchzuführen. (Mit Jahreswechsel sind die ersten 700 Anwärter aus Reichswehr und Reichsmarine fällig geworden.)

Ohne Aussprache wird der Haushalt des Reichswehrministeriums in 3 Lesung erledigt. Die Abstimmungen über die Panzererschiffsergänzungen, sowie über einen inzwischen von den Kommunisten eingebrachten Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung wird auf Mittwoch zurückgestellt. Zu dem Vertrag der Reichsbahn mit der Firma Schenker u. Co. legt der Verkehrsaußschuß eine Entschließung vor, nach der die Reichsregierung in dieser Angelegenheit sofort das Reichsbahngericht anrufen soll.

Abg. Mollath (Wirtschaftsp.) fragt, warum die Regierung noch nicht das vom Reichstag geforderte Rechtsgutachten vorgelegt habe. Der Redner beantragt die sofortige Einleitung von Verhandlungen mit der Reichsbahn zur Aufhebung des Schenkervertrags und Umwandlung in einen Vertrag mit den Organisationen des Speditionsgewerbes.

Reichsverkehrsminister von Guérard erklärt, er habe vorher keine Kenntnis von dem Vertrag gehabt. (Hört, hört.) Das Reichsbahnverwaltungsgericht habe heute zu dem Vertrag Stellung genommen. Die Regierung werde sich nunmehr erneut mit dem Vertrag beschäftigen und ihre Beschlüsse öffentlich bekanntgeben. Nach Auffassung der Reichsregierung bedürfe der Vertrag der Genehmigung der Regierung. Er habe keine Bedenken, dem Antrag des Abg. Mollath zuzustimmen.

Die Abstimmung wird zurückgestellt. Es folgt die zweite Beratung des Döhlengesetzes.

Minister Trevisan: Es sei beabsichtigt, den jetzigen Geltungsbereich der Hilfsmittelmaßnahmen möglichst umfangreich auszudehnen; eine Gewähr, daß von dieser Möglichkeit schon im nächsten Jahr auf weite Gebiete Gebrauch gemacht werde, könne er jedoch nicht bieten. 200 Millionen Mark sollen durch Schuldverschreibungen der Industriebank im Lauf der Jahre beschafft werden. Die bare Hilfe des Reichs beruhe aus Jahresleistungen von je 36 Mill. Mark für die Haushaltsjahre 1931—1933. Weiter sollten in den Jahren 1932—1936 aus dem Reichshaushalt je 50 Millionen für den Landkauf verschuldeter Betriebe zur Siedlung und zur forswirtschaftlichen Nutzung zur Verfügung gestellt werden.

Abg. Warne (Z.) betont, daß für den Osten die landwirtschaftliche Siedlung eine staatspolitische Forderung ersten Grades sei, zumal angesichts der Politik Polens die Gefahr der Auswanderung immer größer werde. Zweckmäßig sei die Anlegung konfessionell geschlossener Siedlungen.

Württemberg

Stuttgart, 24. März.

Kultminister Dr. Bazille krank. Der Finanzausschuß des Württ. Landtags soll heute mit der Beratung des Kultetat beginnen, aber der für das Ressort verantwortliche Minister Bazille ist krank. Da beim Kultetat eine ganze Anzahl Fragen von allgemein-politischer Bedeutung zu entscheiden sein werden, wird man, wie die Schwäb. Tagwacht berichtet, voraussichtlich einen Stellvertreter für Dr. Bazille bestellen, der die Verantwortung für die Amtsführung im Ressort übernimmt und das Recht zur Abgabe von Erklärungen hat, die für die Regierung verbindlich sind.

Schingen a. D., 24. März. Das Fleisch wird billiger. In einer Sitzung der Fleischerinnung wurden folgende Fleischpreise beschlossen: Rindfleisch 90 J., Schweinefleisch 80—90 J., Kalbfleisch 1—1.10 J.

Ochsenhäuten O.H. Wiberach, 24. März. Todes Wild. In den Wäldern findet man ab und zu totes Wild. Die Tiere konnten wegen des hohen Schnees nicht zu den Futterstellen kommen und mußten verhungern.

Ravensburg, 24. März. Dacheinsturz. Unter dem Druck der Schneemassen stürzte das Dach des Gemüsehändlers Birkhöfer in der Rosenstraße ein.

Aulendorf, 24. März. Ein Auto verbrannt. Zwischen Mengen und Herberingen ist ein Bierauto des hiesigen Bräuhauses vollständig verbrannt.

Von der bayerischen Grenze, 24. März. Umschlagung. — Brand. Wegen erschwelter Amtsanweisung im Amt wurde der vech. Steuersekretär Paul Herfer von Krambach vom Gericht in Memmingen zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Herfer hatte Staatsgelder in Höhe von 800 Mk. unterschlagen und für sich verwendet. Wegen seiner Notlage billigte ihm das Gericht mildernde Umstände zu. — In der Nacht zum Sonntag ist in Berg im Rothtal das Anwesen der Landwirtschwester Therese Mayer einem Brand zum Opfer gefallen. Man vermutet Brandstiftung.

Lokales.

Wildbad, den 25. März 1931.

Deutsche Jugendherbergen. Auf die heute abend 8 Uhr im Vereinszimmer der Turnhalle stattfindende Hauptversammlung der hiesigen Ortsgruppe im Reichsverband für Deutsche Jugendherbergen sei nochmals hingewiesen und der Besuch dringend empfohlen. Da die Tausende der jugendlichen Besucher sicherlich für den hiesigen Fremdenplatz nicht ohne Bedeutung sind, dürfte der Betrieb und die Einrichtung der Jugendherberge weite Schichten der hiesigen Bevölkerung interessieren. Mindestens sollte sich niemand entgehen lassen, die Jugendherberge unter sachkundiger Führung zu besichtigen. Auf Ostern sind schon verschiedene Anmeldungen eingegangen. Alle Jugend- und Wanderfreunde sind herzlich eingeladen.

Die Generalversammlung des Gewerbe- und Handelsvereins am Montag, den 23. März im „Wildbader Hof“ war nur mäßig besucht, was der Vorsitzende bei Eröffnung derselben sehr bedauerte. Nach erfolgter Begrüßung der Erschienenen durch Vorstand Schwertle wurde in Punkt 1 der Tagesordnung eingetreten. Durch den im Herbst erfolgten Rücktritt des 2. Vorsitzenden war die Neuwahl desselben nötig geworden. Dem Vorschlag des 1. Vorsitzenden den bisherigen 2. Vorsitzenden Karl Rometzch zur Wiederannahme seines Amtes zu bewegen, wird von der Versammlung zugestimmt und wird hierauf, nachdem sich der vorgeschlagene nicht ablehnend verhielt, zur geheimen Abstimmung geschritten. Das Ergebnis rechtfertigte seine Wiederwahl glänzend. Die Ausscheidungs- bzw. Ergänzungswahlen in den Ausschuß von je 2 Mitgliedern von Handwerk und Ladeninhabern ebenfalls in geheimer Abstimmung, ergaben keine Änderung, sodaß vom Handwerk Wilhelm Schill und Karl Batt, von den Ladeninhabern Fritz Klotz und Adolf Stern ihre erprobte Kraft wieder in den Dienst der guten Sache stellen dürfen. Der Vorsitzende dankt den Wiedergewählten für ihre bisherige Tätigkeit und bittet, daß sie auch fernerhin zum Wohle und Gedeihen des Vereins mitarbeiten. — Unter Punkt 2 der Tagesordnung verliest der Vorsitzende zunächst eine Einladung der Gewerbeschule zur Schlussprüfung und ersucht die Handwerksmeister daran teilzunehmen. — Daran anschließend streift der Vorsitzende die vom 15. bis 22. März stattgefundenene Reichshandwerks-Woche und hofft, daß sie das verspricht, was man von ihr erhofft: Arbeit für das Handwerk. In Wildbad habe man allerdings noch nichts davon gemerkt. — Eine Zuschrift von der Handwerkskammer besagt, daß gegenwärtig fremde Werber daran seien, die Handwerker von der Handwerkerkrankenkasse abwendig zu machen, indem sie ihnen eine bessere Krankenkasse vorschlagen. Der Vorsitzende bittet, solche Werber abzuweisen und der Handwerkerkrankenkasse treu zu bleiben, da diese den Versicherten wesentliche Vorteile biete. Zu dem vom Vorsitzenden angeknüpften Thema Reichshandwerkswoche nimmt Mitglied Eisele hierauf das Wort und zieht einen Vergleich zwischen dem Gewerkschaftsartikel, das heute für die Arbeitslosen nach Arbeit ruft, während die Gewerbetreibenden so gut wie gar nichts dafür tun. Er findet den Notruf des Kartells begründlich und läßt seine Ausführungen mit den Worten ausklingen: Sie fordern — wir fordern: Mitglied Klotz konstatiert mit Befremden, daß es dem Handwerker anscheinend noch gut gehe, weil der Besuch der Versammlung so schlecht sei. Nur durch Zusammenhalt könne etwas erreicht werden. Von der Reichshandwerkswoche verspricht er sich nichts. Die Gebäude-Entschuldungssteuer müsse fallen, dann hätten die Hausbesitzer wieder Mittel, um Reparaturen ausführen zu lassen, und daß diese fällt, darauf müsse die Handwerkskammer hinarbeiten. An der Aussprache zu diesem Punkt beteiligten sich die Mitglieder Rometzch, Plappert, Hammer, Batt, Rob. Treiber. — Aus der Mitte der Versammlung wird eine Mitteilung gemacht, daß einem Handwerker von der Stadtgemeinde 6 Prozent an seinem Rechnungsbetrag gekürzt worden seien, ohne daß ein Gemeinderatsbeschluss in diesem Sinne vorliege. Die Versammlung nimmt hiervon Kenntnis und wird sich wohl mit diesem Punkt bei Gelegenheit weiter beschäftigen. — Nachdem noch der Bohnhausbau Müller-Ziegelhütte, bei dem auswärtige Handwerker und Arbeiter beschäftigt werden sollen, einer eingehenden Besprechung unterzogen wurde

eigenen Nöten und Hoffnungen beschäftigt, fragte jetzt schon wieder.

„Wann fahren wir also, Mama?“

„Du fährst mit dem nächsten Zug in zwei Stunden, Utschi. Dann kannst du dir Udo vielleicht schon nach Hause holen. Ich — komme vorerst nicht zu euch, Kindchen.“

Zwei erstaunte Augenpaare richteten sich auf Ellen.

„Warum nicht, Mama?“

„Weil ich finde, daß ihr jetzt allein sein müßt. Weil jeder Dritte, auch ich, euch stören würde. Denn ich glaube fast, jetzt fängt eure wahre Ehe erst an. Alles Bisherige war nur Vorbereitung.“

„Aber was wollen Sie tun, gnädige Frau?“ sagte Fritz Remstedt unruhig. „Sie können doch nicht Opfer an Opfer reihen nur für die Kinder, und überhaupt nicht an sich selbst denken?“

„Ich glaube, das ist Mütterlos, lieber Herr Remstedt,“ lächelte Ellen, aber ihre Lippen zitterten. „Um mich machen Sie sich nur keine Sorgen. Meine Eltern freuen sich, wenn ich zu ihnen komme, und jetzt im Frühling ist es schön in unserer kleinen Stadt. Auch sonst kann ich allerlei beginnen — ich habe noch keinen festen Plan.“

„Und wann, Mama, kommst du zu uns?“ fragte Utschi leise, halb in Scham und Bestürzung über Ellens Worte, halb in jubelndem, unsahbarem Glück, daß ihr heißer Wunsch, mit Udo allein zu bleiben, sich jetzt erfüllen sollte.

„Ich weiß es noch nicht,“ wick Ellen aus. „Aber bald wird es nicht sein. Ich werde euch schreiben, Utschi. Seid glücklich und macht euch das Leben gegenseitig leicht und schön. Um mich braucht ihr euch nicht zu sorgen.“

(Fortsetzung folgt).

de, konnte der Vorsitzende die sachlich verlaufene Versammlung schließen und so mancher der Anwesenden wird aus der Aussprache wichtige Fingerzeige für sich mit nach Hause genommen haben. Den Ferngebliebenen aber möchten wir raten, das nächstmal zu erscheinen, damit sie nicht der Vorwurf trifft: „Euch geht es noch gut“!

Gemeinderatsitzung am 24. März 1931.

Anwesend: Vorsitzender und 14 Mitglieder, außerdem einige Zuhörer.

1. **Vergebung der Bauarbeiten im Schlachthaus.** Die Arbeiten wurden im Wege des schriftlichen Angebots ausgeschrieben; eingegangen sind sechs Offerten. In den Bedingungen ist vorgegeben, daß die Arbeiten getrennt vergeben werden können; schon mit Rücksicht auf den Betrieb des Schlachthauses und angesichts der beschränkten Zeit, die zur Verfügung steht. Die Arbeiten wurden an die zwei billigsten Angebotssteller, Wilhelm Maier und Gustav Schmid, um den Gesamtpreis von 2678 Mark vergeben. Weitere Bewerber waren Wilhelm Schill, Hermann Bott, Hermann Egel u. A. Den Unternehmern soll empfohlen werden, verheiratete Maurer zu den Arbeiten heranzuziehen.

2. **Beitrag zur Wildbader Nothilfe.** Für die Wildbader Nothilfe, die wegen der Not, die namentlich in den letzten Wochen zugenommen hat, ins Leben gerufen wurde, wurde ein Beitrag von 300 Mark aus der Stadtkasse bewilligt. Ebenso wurde die Küche des Schwarzwaldhotels zur Benützung als Suppenküche freigegeben und das Heiz- und Beleuchtungsmaterial unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Wie der Vorsitzende ausführte, sind schon ganz erhebliche Mittel aus allen Kreisen der Bevölkerung zusammengekommen; von der Papierfabrik z. B. 100 Mark. Von Stadtrat Frihsche wurde angeregt, die Gemeinderatsmitglieder möchten auf einen Teil ihrer Diäten zu Gunsten der Suppenküche verzichten; Stadtrat Bott begrüßt die Anregung, die aber auch eine andere Seite habe; er für seinen Teilmenge bestimmt die Kreise ausfinden, denen die Mittel zuzuführen. Der Vorsitzende schlägt vor, im Anschluß an die Sitzung eine Liste zirkulieren zu lassen, wo jeder einzeichnen kann, was er will.

3. **Gauwertungsfahrt des Allg. Deutschen Automobilklubs, Gau Württemberg, nach Wildbad am 2. und 3. Mai 1931.** Da mit 2000 bis 3000 Teilnehmern gerechnet wird, verspricht die Veranstaltung eine größere zu werden. Verbunden mit der Wertungsfahrt ist eine Geschicklichkeitsfahrt auf dem Michelbergersträßchen, zu der eine größere Anzahl Zuschauer aus der Umgegend erscheinen werden. Die Anwendungen seitens der Stadtgemeinde für diese Veranstaltung sind nicht groß, es handelt sich 1. um die Beflaggung der städtischen Gebäude und des Startplatzes; 2. um die Erlaubnis zur Benützung des Michelbergersträßchen; 3. um eine 50-prozentige Ermäßigung der Bergbahnpreise für die Festteilnehmer und 4. um eine Stiftung von Preisen im Werte von 100 Mark bis 150 Mark. Stadtrat Frihsche und Kloß begrüßen, daß gleich zu Anfang der Saison eine solche Veranstaltung hier stattfindet; auf Vorschlag des ersteren wird eine Summe von 120 Mark für Preise festgesetzt. Stadtrat Bott erachtete 100 Mark für genügend; der Vermittlungsvorschlag von Stadtrat Frihsche mit 120 Mark wurde angenommen. Im Anschluß hieran wird auch für den Verbandstag der Fleischermeister Württembergs, der vom 16. bis 19. Mai hier stattfindet, die Beflaggung

der städtischen Gebäude, Ehrenpforte am Bahnhof und an der Bergbahn, die 50-prozentige Ermäßigung auf der Bergbahn für die Festteilnehmer, vom Gemeinderat gutgeheißen. Außerdem wird für den Begrüßungsabend die Turn- und Festhalle und für die Vorabendfeier der Rathausaal zur Verfügung gestellt. Stadtrat Bott gibt die Anregung, als Entgegenkommen sollten die Metzgermeister mit dem Fleischpreis wieder heruntergehen.

4. **Zufahrtsstraße zum Bahnhof.** Auf der Suche nach Notstandsarbeiten kann man die Verbesserung der Zufahrt am Bahnhof von der Staatsstraße zur König-Karlstraße auch als solche betrachten. Die Reichsbahn hat sich mit der Verbesserung, die einen Aufwand von 4200 Mark erfordert, einverstanden erklärt; ein Beitrag zu den Kosten kommt von der Reichsbahn nicht in Frage, da die Arbeiten nur wegen dem Autoverkehr notwendig sind. Durch Eingaben soll versucht werden, einen Beitrag von der Reichspost und vom Straßen- und Wasserbauamt Calw zu erlangen. Beide Körperschaften sollen je ein Drittel von dem Kosten tragen; erstere hat die rechtliche Verpflichtung dazu, durch ihren großen Autobetrieb; letztere durch den Umstand, weil durch die Einbahnstraße die König-Karlstraße immer mehr zur Staatsstraße wird. Aus der Mitte des Gemeinderats wurde gewünscht, daß die Arbeiten so beschleunigt werden, daß bis zum 1. Mai alles fertig ist. — In Anschluß hieran berichtete der Vorsitzende über den Stand der Bauarbeiten an der Kleinenzthalstraße. Nach einem Schreiben des Innenministeriums vom 7. März ist insofern ein kleiner Fortschritt zu verzeichnen, als mit einem Stück von 4 bis 5 Kilometer des zweiten Lotes begonnen werden soll, sobald der Staatshaushaltsplan 1931-32 unter Dach und Fach ist, was nicht mehr lange dauern wird. Es sei bedauerlich, daß mit den Arbeiten nicht sofort begonnen werden kann; mit allen zu Gebote stehenden Mitteln soll versucht werden, daß das ganze zweite Los in Angriff genommen wird. — In der Frage der Arbeitsbeschaffung bewegen sich ferner die Bemühungen um den Bau einer heizbaren Trinkhalle. Die Eingabe der Stadtgemeinde und die Antwort der Bauabteilung des Finanzministeriums wurden zur Kenntnis des Gemeinderats gebracht. Im Interesse des Bades und der Erwerbslosen wird eine nochmalige Eingabe an das Finanzministerium gutgeheißen, damit mit dem Bau einer heizbaren Trinkhalle, von der Pläne vorliegen und deren Vorteile von der Bauabteilung des Finanzministeriums anerkannt werden, am Schluß der heurigen Saison begonnen werden kann. — Die Zahl der Erwerbslosen ist seit Montag zurückgegangen; getragen aber immerhin noch 250 bis 300. Die Korrektur der Rennbachstraße soll deshalb in Angriff genommen werden. Vorgelesen ist ein Gehweg auf der rechten Seite der Straße und Korrektur des Rennbaches vom Palmengarten bis Haus Citel; der Aufwand beträgt 34 000 Mark. Der Vorsitzende bezeichnete die Arbeiten als dringlich und notwendig. Nach Erkundigung beim Arbeitsamt Forzheim ist die Förderung der Arbeiten aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge zugesagt worden. Die weiteren Gelder sollen durch Darlehensaufnahme beschafft werden, wozu aber die Genehmigung des Ministeriums einzuholen ist. Stadtrat Bott erwähnt die stiefmütterliche Behandlung der Rennbachstraße schon seit vier Jahren; die Beschaffung der Darlehen müsse schleunigst in Angriff genommen werden. Vom Stadtbauamt wurde der vorliegende Plan noch näher erläutert und ist nach den Ausführungen zu

hoffen, daß mit den Arbeiten noch vor Beginn der Saison begonnen werden kann. Stadtrat Schanz tritt für Herstellung des Ortswegs in Sprollenhaus ein; es müsse hier unbedingt etwas geschehen. Stadtrat Kueh und Waidelich schließen sich den Ausführungen des Vorredners an, namentlich auch im Interesse der Erwerbslosen in Sprollenhaus und Nonnenmühl.

5. **Sonstiges.** Die Benützung des Weges bei der Siedlung an der Paulinenstraße wurde vom Forstamt Wildbad bzw. Oberförsterei unter der Bedingung freigegeben, wenn die Stadt die Unterhaltung des Weges übernimmt und das Wegbenützungsrecht am großen Wendenstein der Staatsforstverwaltung gewährt. Der Gemeinderat erklärte sich einverstanden. — Die Badverwaltung teilt mit, daß der Preis für weiße Kurtagarten von der dritten Person ab eine Ermäßigung von 40 Prozent erfährt. Der Gemeinderat erklärt sein Einverständnis. — Für drei Kursteilnehmer der Freiwilligen Feuerwehr an einem Gaschuhkurs werden 150 Mark aus der Stadtkasse bewilligt. — Zu den vier Baulustigen, die im letzten Gemeinderatsbericht erwähnt wurden, haben sich zwei weitere gemeldet und zwar Heinrich Rapp und Joseph Mutterer. Auf eine Anfrage von Stadtrat Bott erklärt der Vorsitzende, daß die Festlegung der Wege bei den Baulustigen am Turnplatz durch den Geometer erfolge. — Es kommt sodann die Eingabe des Ortsausschusses Wildbad des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Verlesung, deren Wortlaut unsere Leser in der gestrigen Ausgabe finden. Vom Vorsitzenden wurde erklärt, daß einzelne Punkte dieser Eingabe schon durch die heutigen Verhandlungen erledigt seien. Durch die Kürze der Zeit war es nicht möglich, die Eingabe ganz zu erledigen; die anderen Punkte würden aber einer sorgfältigen Untersuchung unterzogen und in einer der nächsten Sitzungen behandelt werden. Stadtrat Frihsche führte aus, daß Hausdiener, List, Saalächter, aus der Einwohnerschaft entnommen werden; die Herausgabe des geübteren Personals mühten sich aber die Hoteliers vorbehalten. Stadtrat Bott wünscht, daß bald ein Teil der Vorlagen Erledigung finden und wurde dann auch das Stadtbauamt beauftragt, in aller Eile Pläne und Kostenvoranschläge für den restlichen Teil des Leonhardswaldweges vorzulegen. — Zu der Erlernung von Heimarbeit haben sich 34 Frauen und Mädchen gemeldet; der Kurs hat am Dienstag begonnen. Die Kosten mit 700 Mark trägt das Landesgewerbeamt. — Für Unterhaltung der Staatsstraßen wurde vom Straßen- und Wasserbauamt ein Zuschuß von 750 Mark gewährt. — Mehrere in letzter Zeit getätigte Holzverkäufe wurden genehmigt. — Der Württ. Malerverband teilt mit, daß er seinen Verbandstag 1932 im Monat Mai hier abhalten wird. — Zu Reparatur seiner Dachrinnen möchte Bauwerkmeister Krauß die Feuerwehrleiter benützen; der Konsequenzen wegen kann diesem Besuch nicht entsprochen werden. — Auf eine Anfrage von Stadtrat Waidelich teilt der Stadtbauamtmeister mit, daß vor Ende April oder Anfang Mai an die Herstellung des Trottoirs an der Valenbergstraße nicht zu denken sei. — Stadtrat Kloß bringt eine Angelegenheit vor, wonach die Erbauung der Garage bei der Tankstelle am „Kühlen Brunnen“ einer auswärtigen Firma übertragen wurde. Er erhebt Einspruch dagegen, da nach den Bedingungen nur hiesige Handwerker und Gewerbetreibende beschäftigt werden sollen.

Schluß der Sitzung 5.45 Uhr.

9

EXPRESS-DIENST



Auf dem schnellsten Wege
in die Hände des Rauchers!

Deshalb
REEMTSMA CIGARETTEN

OVA
in Araberformat

EINHEITS
PACKUNG
50s
GROSSPACKUNG
MK 1-50

Überall fabrikfrisch!

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Der polnische Marschall Pilsudski ist nach langem Erholungsurlaub von Madeira abgereist.

Ein Pferdewagenabschneider. Im Kreis Oldenburg herrichte im vorigen Herbst unter den Bauern große Aufregung, weil über 100 Pferde auf verschiedenen Höfen die Schwänze abgeschnitten und auch Viele mit Brandstiftungsdrohungen verhandelt wurden. Endlich konnte der Gauvergeschi werden. Es ist ein arbeitscheuer 18jähriger Knecht

aus Wandagen in Oldenburg. Er hat die Pferdewagen in Neustadt und Kiel verkauft. Das Gericht verurteilte den Outedel zu einem Jahr Gefängnis.

Der Hirsch im Sanatorium. Dieser Tage brachten Forstbeamte von Braunlage (Harz) einen durch Hunger völlig ermatteten Sechsender in ein Sanatorium in Braunlage. Das prachtvolle Tier wird hier mit Einspritzungen behandelt und man hofft es am Leben zu erhalten.

Strandung. Das hamburgische Dreimastgeschiff „Aurora Hoene“ ist auf der Fahrt von Danzig nach Göteborg

mit 180 Tonnen Zement bei der Insel Seeland bei dichtem Nebel gestrandet. Die Lage des Schiffs ist gefährlich.

Eisenbahnunglück in England. Der Schottland-Express ist am Sonntag in der Nähe von Veighton-Buzzard verunglückt. Sämtliche Wagen sind entgleist und wurden zum Teil ineinandergeschoben. 6 Personen sind tot, 3 Reisende schwer und viele leicht verletzt. Der Schottland-Express ist einer der schnellsten Züge der Welt. Vor einem Monat erzielte er auf der Strecke Euston-Carlisle eine Stundenleistung von 144 Kilometer.

Zum Osterpuß

besonders günstig

1 Dose Schmierseife 60
1 Buztuch . . .

1 Schrubber
1 Bürste
1 Buztuch 1.-

Frische Fische

treffen heute ein

Kabeljau 27
Kabeljaufilet 45

Bayerischer
Leber- und
Blutpreßsack
Pfd. 60

Kofosfett
1 Pfd.-Tafel 40

5% Rabatt

Pfannkuch

Unser Laden

neben Hotel Deutscher Hof
ist per 1. April
neu zu vermieten.
Chr. Schmid & Sohn.

Schwarzwald- Verein.

Am Freitag den 27. ds. Mts.
findet die

Hauptversammlung
statt.

Ort: Kühler Brunnen.
Beginn 8 Uhr.

Tagesordnung:

- Geschäftsbericht,
- Kassenbericht,
- Aufstellung des Wanderplans.
- Neuwahlen.

Der Vorstand.

Von Donnerstag früh ab
la. erste Qual. Kuhfleisch
Pfd. 75 Pfg.

Krauß, neben Drogerie.

Wichtig! Wichtig! Hausbesitzerverein e. B. Wildbad

Am Sonntag den 29. ds. Mts. spricht im Hotel „Traube“ nachmittags 2 Uhr, im Auftrag unseres Landesverbandes Herr Ingenieur Keller, Neuenbürg, über „Hypotheken-Entschuldung und Darlehensbeschaffung durch die Zwecksparkasse des Landesverbandes“; dazu werden nicht nur unsere Mitglieder, sondern auch Haus- und Grundstücksbesitzer, die unserem Verein noch fern liegen, freundlichst einladen.

Anschließend findet unsere jährliche
ordentl. Generalversammlung
mit der üblichen Tagesordnung statt.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Der Ausschuß.

Diejenigen hiesigen Geschäftsleute,

insbesondere Gastwirte, Hoteliers usw., welche Interesse für eine Geschäftsempfehlung im **Festbuch** haben, das wir anlässlich des am 17. und 18. Mai 1931 hier im Wildbad stattfindenden **Württ. Fleischer-Verbandstages** herausgeben, wollen sich innerhalb 8 Tagen bei unserem Geschäftsführer **Wilhelm Hammer**, Kaufmann hier, melden

Preis für eine viertel Seite Mf. 5.—
„ „ halbe „ „ 10.—
„ „ ganze „ „ 20.—

Megger-Innung
Neuenbürg-Wildbad
Sitz Wildbad.

Wirte-Verein Wildbad.

Morgen mittag 3 Uhr

Frauenkranz

im Café Schmid.

Erstklassige
**Blumen- und
Gemüse-
sämereien**
empfiehlt
E. Lembeck
Laden Meggerei Walz.

Schreibmaschinen
nebst Zubehör kaufen Sie billigt bei
GESCHW. FLUM
Buch- und Papierhandlung.



Auf
Ostern!

empfiehlt schönst
gefärbte Eier
Linder's
Delikateßgesch.
Bestellungen werden
sehr schon entgegengenommen

LUGER

Frische
Seefische
eingetroffen
Kabeljau ohne Kopf 25
Schellfisch . . . 30
Filet . . . 40
Stockfisch . . . 35
Salzheringe 12
Bücklinge . . . 28
Eßig-Gurken
kleine, 1/2 Pfd. 35
Sering i. Gelee 75
1 Pfd.-Dose nur
sowie reifere Sorten Marinaden und Fisch-Delikateßen billigt.



Ein Riesenerfolg
der Qualität...

so wundervolle Margarine zu so niedrigem Preis! Von vielen tausend Hausfrauen wird jetzt Sanella begeistert verbraucht. Überzeugen Sie sich selbst und auch Sie werden zufrieden sein.

Sanella 35
MARGARINE DIE FEINE
PREISWERT WIE KEINE
das 1/2 Pfund

Visitkarten

liefert in kürzester Frist
die Buchdruckerei ds Bl.



Zu Ostern
ein GESCHENKSPARBUCH
oder eine GESCHENKEINLAGE
auf ein bestehendes Sparbuch,
damit macht man immer Freude.

WÜRTT. LANDESSPARKASSE
STUTTGART: Kanzleistraße 25 und 36
ÜBER 700 ZWEIGSTELLEN IM LANDE

Flechten

Herr E. S. in Schöpsdorf schreibt uns: „Unterschiedener bezeugt, daß ich durch Sie von den lästigen Flechten, an welchen ich 11 Jahre gelitten habe, in 8 Tagen geheilt worden bin.“
Auskunft kostenlos. Caritas-Vertrieb, Zandt (Bayern).

Gewerbeschule.

Die Zeichenausstellung
ist am Sonntag den 29. März in der Wilhelmichule
von 11 bis 16 Uhr geöffnet.

Die Schlußprüfung
mit Preisverteilung findet am Montag den 30. März,
nachmittags 16 Uhr, im Zeichensaal der Wilhelmichule
statt.

Zum Besuch der Veranstaltungen wird hiemit höflich ein-
geladen.
Schulvorstand: Walz.

Reichsverband für Deutsche Jugendherbergen
Gau Schwaben - Ortsgruppe Wildbad

Haupt-Versammlung
am Mittwoch den 25. März 1931, abends 8 Uhr,
im Tagesraum der Jugendherberge
(Vereinszimmer) Turnhalle.

Tagesordnung:

- Geschäftsberichte.
- Kassenberichte.
- Neuwahlen.
- Verschiedenes.
- Besichtigung der J.-H.

Zu zahlreichem Besuch ladet freundlichst ein
Der Ausschuß.

Lumpen und Alteisen

werden im Garten der „Alten Linde“
von heute mittag ab bis morgen abend
gegen Osterhasen
und Spielwaren
umgetauscht. **Martin Knaus.**

